



Antrag der Kommission für öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS)
vom 6. Januar 2020

Weisung 28/2019 des Stadtrates: Gegenvorschlag zur (zurückgezogenen) „Bodeninitiative: Boden behalten – Uster gestalten!“; Umsetzungsvorlage

Die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit beschliesst mit 6:3 Stimmen dem Gemeinderat folgende **Änderungen im Dispositiv** zu beantragen:

1. **Folgender Umsetzungsvorlage zum Gegenvorschlag zur (zurückgezogenen) «Bodeninitiative: Boden behalten – Uster gestalten!» wird zugestimmt:**
 - a) Grundstücke im Eigentum der Stadt Uster dürfen nur veräussert werden, wenn dies übergeordnete öffentliche Interessen gebieten.**
 - b) Ein übergeordnetes öffentliches Interesse kann insbesondere vorliegen bei Stadtentwicklungsprojekten, bei Projekten der Standortförderung, für die Erstellung oder den Erhalt von Infrastrukturanlagen sowie die Bereinigung von Kleinparzellen.**
 - c) Eine Abgabe von städtischen Grundstücken an Dritte im Baurecht bleibt unbeschränkt möglich.**
 - d) Bei einem Tausch von städtischen Grundstücken soll das erworbene Grundstück mit dem veräusserten vergleichbar sein.**
 - e) Verkauf von städtischen Grundstücken wie auch die Abgabe im Baurecht erfolgen grundsätzlich in einem öffentlichen Verfahren.**
 2. Mitteilung an den Stadtrat
-

Die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit beschliesst mit 6:3 Stimmen dem Gemeinderat zu beantragen:

Zustimmung zur geänderten Weisung des Stadtrates.

Referent: Marius Weder (SP)

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit
Präsident Matthias Bickel (FDP)
Sekretär Daniel Reuter

Behandlung im Gemeinderat: 20. Januar 2020